

## **Beschluss des Landrats vom 01.12.2022**

Nr. 1867

### **20. Aufgaben- und Finanzplan 2023-2027 und aktuelle Entwicklungen** 2022/603; Protokoll: ps

**Andreas Dürr** (FDP) gibt eine kurze Erklärung ab. Die Interpellation war nötig aufgrund bewusster Fehlinformationen von allen Seiten bezüglich der Finanzen des Kantons. Die Klärung konnte erfolgen. Das Stimmvolk hat entschieden, den Falschinformationen nicht zu glauben. Der Aufgaben- und Finanzplan wird in der nächsten Woche behandelt.

**Urs Roth** (SP) wünscht die Diskussion.

://: Der Diskussion wird stattgegeben.

**Urs Roth** (SP) möchte zum ersten Fragebereich zu den Prämienverbilligungen einige zusätzliche Aspekte einbringen. Es wird zur Kenntnis genommen, dass ein Prämienausgleich bei den bereits bezugsberechtigten Personen stattfinden soll. Der Ständerat ist nicht dem Nationalrat gefolgt, was der Redner bedauert. Es wurde verschlafen, etwas zu tun. Eine Frage an den Regierungsrat: Wird überlegt, die Bezügerquote auszuweiten? Der untere Mittelstand leidet unter der Prämienlast. Betrachtet man die Statistiken, liegt Basel-Landschaft bei der Bezügerquote auf einer der letzten Plätze. Neben dem Ausgleich bei den bereits Anspruchsberechtigten müsste auch die Bezügerquote ausgeweitet werden.

Regierungsrat **Anton Lauber** (Die Mitte) erklärt, man sei an der Arbeit, denn es gebe Vorstösse, die in dieselbe Richtung gehen. Zum Thema gab es auch bereits Volksabstimmungen: Es sollten maximal 10 % des Einkommens für die Prämien bezahlt werden müssen. Der Regierungsrat will warten, ob der Bund die 30 %-Regelung beschliesst; dies wird wohl nächste Woche entschieden. Die CHF 30 Mio. werden weitergegeben, sollte das Bundesparlament diese sprechen. Wenn nicht, wurden CHF 11,1 Mio. im Budget eingestellt für diejenigen Bezügerinnen und Bezüger, die bereits jetzt Prämienverbilligungen erhalten. Zur Frage, wie es weitergeht. Die beiden Vorstösse von Adil Koller und Béatrix von Sury d'Aspremont sind in Bearbeitung. Es gibt verschiedene Varianten, wie die Prämienverbilligungen weiterentwickelt und finanziert werden könnten. Die 10 %-Regelung würde CHF 74 Mio. jährlich zur Folge haben. Es ist noch ein Jahr Zeit. Solange beim Bund die 10 %-Initiative hängig ist, macht es wenig Sinn, wenn der Kanton sein System umstellt. Der Redner geht davon aus, dass es zur Initiative eine Volksabstimmung geben wird. Dann wird klar sein, wie es weitergeht. Der Regierungsrat möchte kein Giesskannenprinzip. Diesbezüglich stellt sich die Frage der Erweiterung des Bezügerinnenkreises: Sollen konzentriert wenige Leute mehr Geld erhalten oder soll ein breiterer Bezügerkreis weniger Geld erhalten oder gibt es die finanziellen Mittel für eine Aufstockung? Die Diskussionen werden geführt.

**Marco Agostini** (Grüne) freut sich, dass der Regierungsrat Interpellationen innerhalb von nur einigen Wochen beantwortet. Dringliche Fragen sollten aber in der Fragestunde gestellt werden. Ansonsten sollten auch andere Interpellationen innert kürzester Zeit beantwortet werden – einige der ebenfalls traktandierten sind vom März und Juni. Es sieht ein wenig nach Vorwahlkampf aus.

Regierungsrat **Anton Lauber** (Die Mitte) hält fest, man arbeite schnell – manchmal schneller als das Parlament. Interpellationen werden innerhalb von drei Monaten beantwortet. Sind die Interpellationen älter, liegt dies wohl nicht daran, dass diese beim Regierungsrat liegen geblieben sind, sondern anderswo.

Landratspräsidentin **Lucia Mikeler Knaack** (SP) weist darauf hin, dass die Interpellationen traktandiert würden, sobald die Antwort vorliegt.

://: Die Interpellation ist erledigt.

---